

Fast wie im Postkutschenzeitalter

Die globale Stimmrechtsvertretung

Von Alexander Juschus, IVOX Germany

Vergleicht man die heutige globale Stimmrechtsvertretung mit dem Versenden eines Briefes im 18. Jahrhundert, so ist die Ähnlichkeit überraschend, oder vielleicht doch besser schockierend. Nimmt man zum Beispiel einen französischen Investor, der auf einer deutschen Hauptversammlung sein Stimmrecht wahrnehmen möchte, so muss er sein Votum derweilen mindestens zwei Wochen vor der Hauptversammlung abgeben, vorausgesetzt er wurde von seiner lokalen Depotbank überhaupt von dem Aktionärstreffen informiert, was leider eher die Ausnahme als die Regel ist. Sein Stimmrecht wandert dann, schwer verfolgbar, die Verwahrkette entlang. Mit großer Wahrscheinlichkeit kommt seine Weisung auch auf der HV an, eine Garantie hierfür hat der Investor allerdings nicht. Eine Bestätigung der Stimmrechtsausübung, falls dies überhaupt angeboten wird, findet nur selten den gleichen Weg entlang der Verwahrkette zurück. Warum auch, dies würde die durch die Stimmrechtsausübung bereits nicht unerheblichen Kosten weiter in die Höhe treiben.

Intransparent, zeitaufwendig, fehleranfällig und kostenintensiv

Halten wir also kurz fest: Die globale Stimmrechtsausübung ist intransparent, zeitaufwendig, fehleranfällig und kostenintensiv. Zieht man nun die Parallele zu dem Versenden eines Briefs mit der Postkutsche im 18. Jahrhundert, so erkennen wir, dass dieser Vergleich nicht aus der Luft gegriffen ist. Auch dieser Weg war zeitaufwendig, fehleranfällig und sicherlich auch kostenintensiv.

Vielschichtige Gründe

Die Gründe für die Schwerfälligkeit der Stimmrechtsausübung sind vielschichtiger Natur: Omnibuskonten und die dadurch notwendige Stimmrechtsausübung entlang der Verwahrkette, keine System-Kompatibilität auf Seiten der Intermediäre, ein Investitionsstau – insbesondere auf technischer Seite –, gewachsene Verwaltungsstrukturen, die nicht mehr zeitgemäß (da auf Papier basierend) sind, Angst vor Berufsklägern,

divergierende Interessen der verschiedenen involvierten Parteien, um nur einige zu nennen.

Umdenken tut Not

Eine Reform, ein Umdenken, tut aus meiner Sicht Not, um diese gewachsenen Verkrustungen aufzubrechen, was auch zum Wohle aller beteiligten Gruppen (Aktionäre, Depotbanken, Intermediäre und Emittenten) wäre. Dabei ist eine Intervention des Gesetzgebers weder notwendig noch wünschenswert. Ein gemeinsames Vorgehen der beteiligten Gruppen ist in jedem Fall effektiver und im Ergebnis flexibler.

Vielschichtige Lösungen

Ziel ist es zunächst Eintragungshindernisse zu beseitigen, welche primär durch die Omnibuskonten, aber auch durch individuelle Interessen entstanden sind. Weiter ist es zwingend notwendig, dass die Kommunikation zwischen Emittent und ausländischem Investor verbessert wird, um eine informierte Stimmrechts-



Alexander Juschus
alexander.juschus@ivox-europe.com

ausübung zu garantieren. Der Einsatz neuer Technologien kann hierzu vieles beitragen. Technische Hindernisse bei einer direkten Stimmrechtsausübung sind zumindest nicht erkennbar. Schon durch diese Maßnahmen kann eine Abstimmung mit den Füßen verhindert, höhere Präsenzen geschaffen und auch eine Aufstockung des Aktienbestands ausländischer Investoren erreicht werden.

Fazit

Eine direkte Abstimmung bietet eine große Anzahl von Vorteilen. Diese führt von der Identifikation ausländischer Aktionäre über eine verbesserte Informationsdistribution, und dadurch leichter verständlichere Unternehmenspolitik hin zu der Möglichkeit der Verfolgung des Stimmrechts und einem rechtzeitigen Erkennen der Abstimmungstendenz. Eine zeitnahe, sichere, kostengünstigere und doch informierte Stimmrechtsvertretung würde durch den direkten Weg geschaffen werden.

Die Zeit für den Sprung aus dem 18. ins 21. Jahrhundert ist reif.